

Zum Verbleib beim Bieter bestimmt!

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN DES UNIVERSITÄTSKLINIKUMS CARL GUSTAV CARUS DRESDEN AN DER TU DRESDEN (UKD)

1. Allgemeines

1.1 Eine Auftragserteilung an Lieferanten bzw. Dienstleister des UKD erfolgt ausschließlich unter Einbeziehung nachstehender Bedingungen sowie der in einer Ausschreibung bzw. einem Auftrag angegebenen Zusatzbedingungen, wobei letztere als vorrangig zu betrachten sind.

1.2 Die Auftragserteilung erfolgt auf der Grundlage der VOL/B und der VOPR 30/53. (Ausgenommen § 14 Ziff. 3 VOL/B. Hier gelten die Regelungen des § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB)

1.3 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Soweit keine Regelung getroffen worden ist, gelten die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die des BGB.

1.4 Spätestens mit Annahme der Bestellung gelten diese Geschäftsbedingungen als angenommen. Gegenbestätigungen des Lieferanten/ Dienstleisters bzw. des Verkäufers (Auftragnehmer/ AN) unter Hinweis auf seine Geschäfts- oder Lieferbedingungen wird hiermit ausdrücklich widersprochen.

1.5 Vertragsgegenstand sind die in der Bestellung aufgeführten Gegenstände, Waren bzw. Dienstleistungen, der Liefertermin, die Verwendungsstelle und der Preis.

1.6 Der Auftragnehmer (AN) verpflichtet sich, den Inhalt des Vertrages Dritten nur mitzuteilen, wenn und soweit dies für die Erfüllung des Vertrages notwendig ist.

2. Betriebssicherheit

Die Auftragserteilung erfolgt unter der Voraussetzung, dass die zu liefernden Artikel, Geräte, Anlagen und Leistungen den anerkannten Regeln der Technik entsprechen, d.h. dem Gesetz über technische Arbeitsmittel (Gerätesicherheitsgesetz), dem Medizinproduktegesetz, der MPBetreibV, den jeweils gültigen VDE- und neuesten DIN-Bestimmungen, dem Eichgesetz, sowie allen einschlägigen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften, einschließlich, wenn zutreffend, EMV/CE-Zeichen. Sollte sich bei einer Überprüfung herausstellen, dass Satz 1 nicht beachtet wurde, hat der AN die Kosten für Prüfung und Mängelbehebung zu übernehmen. Die für die Prüfung erforderlichen Unterlagen (Schaltbilder, Funktionsbeschreibungen usw.) sind in deutscher Sprache zur Verfügung zu stellen.

3. Vertragsänderungen

Ergänzungen, Abänderungen oder Nebenabreden, sowohl in Bezug auf den Hauptauftrag als auch auf die vorliegenden Geschäftsbedingungen, bedürfen der Schriftform.

4. Lieferung und Abnahme

4.1 Die Lieferung der bestellten Waren und Gegenstände hat nach Absprache mit dem AG sowie auf Gefahr des AN und frei Verwendungsstelle (siehe im Auftrag genannte Lieferanschrift) montags bis freitags (außer an Feiertagen) von 8.30 bis 15.00 Uhr zu erfolgen. Bei Nichteinhaltung ist der AG nicht zur Abnahme der Lieferung und nicht zur Erstattung von zusätzlichen Aufwendungen (Übernachungskosten, nochmalige Transportkosten u. a.) verpflichtet.

4.2 Jeder Lieferung, auch Teillieferung (ist nur mit Zustimmung der auftraggebenden Stelle gestattet), ist ein Lieferschein mit der entsprechenden Auftragsnummer des AG beizufügen. Teillieferungen sind fortlaufend zu nummerieren. Die letzte Rechnung ist als Schlussrechnung zu kennzeichnen.

4.3 Abhängig von der Art des Beschaffungsgegenstandes ist der AG berechtigt, sich von der vertragsmäßigen Ausführung der Leistungen während der laufenden Produktion zu unterrichten, in Ausführungsunterlagen - insbesondere die Fertigungs- und Prüfungsunterlagen - Einsicht zu nehmen und alle sonstigen erforderlichen Auskünfte zu verlangen (Fertigungsbeobachtung).

4.4 Die Kosten der Lieferung trägt der AN. Fracht- und Verpackungskosten werden grundsätzlich nicht erstattet. Falls nach gesonderter Vereinbarung der Übernahme zugestimmt wird, sind diese Kosten in der Rechnung zu spezifizieren. Für die umweltgerechte Entsorgung des Verpackungsmaterials außerhalb des Geländes des AG ist der AN verantwortlich. Daraus entstehende Kosten werden vom AG nicht übernommen.

5. Güteprüfung

Der AG ist berechtigt, vor Übergabe eine Prüfung auf Qualität der Leistung durchzuführen. Sollte der zu liefernde Vertragsgegenstand bzw. die Leistung nicht die zugesicherten oder erforderlichen Eigenschaften besitzen, so ist der AN verpflichtet, eine gleichwertige Ware bzw. Leistung mit den zugesicherten oder erforderlichen Eigenschaften zu liefern bzw. zu realisieren. Eine mögliche Forderung auf Schadensersatz bleibt davon unberührt.

6. Rechnungen, Bezahlungen

6.1 Angegebene Preise sind feste Preise. Sie enthalten Rabatt, Skonto und die jeweils gültige Mehrwertsteuer und schließen Versicherung, Anlieferung, Abladen, Montage, Einweisung sowie Haftung bis zur betriebsfähigen Ingebrauchnahme beim Anwender mit ein.

6.2 Rechnungen sind mit Angabe der Auftragsnummer des AG einzureichen. Verzögerungen bei der Rechnungsbearbeitung, die sich aus unvollständigen Angaben in den Rechnungspapieren ableiten, gehen nicht zu Lasten des AG.

6.3 Die Zahlung erfolgt im Laufe von 20 Tagen abzüglich Skonto (sofern angeboten) oder innerhalb von 30 Tagen netto.

Zum Verbleib beim Bieter bestimmt!

6.4 Die Zahlungsfrist beginnt, sobald der AN seine Lieferverpflichtungen vollständig erfüllt hat und die Rechnung beim AG eingegangen ist. Maßgebend für die Rechtzeitigkeit von Zahlungen ist nicht das Rechnungsdatum, sondern der Eingang der Rechnung beim AG, einschließlich der durch den AN bzw. Anwender schriftlich bestätigten, ordnungsgemäßen und betriebsfähigen Aufstellung von Geräten, Möbeln und sonstigen Produkten/Leistungen. Die Zahlungen des AG gelten als geleistet, wenn das Geldinstitut des AG den Überweisungsauftrag dem Kreditinstitut des AN übermittelt hat.

6.5 Bei Abtretung von Forderungen ist der AG zu informieren.

6.6 Der AG ist berechtigt, mit seinen unstrittig oder rechtskräftig festgestellten Schadensersatz- oder anderweitigen Ansprüchen aus diesem oder anderen Vertragsverhältnissen mit dem AN gegen dessen Zahlungsansprüche aufzurechnen.

7. Gewährleistung

7.1 Die Verjährungsfrist für Gewährleistungsansprüche richtet sich (sofern nicht in Zusatzvereinbarungen anders festgelegt) nach § 438 BGB.

7.2 Bei Mängelbeseitigung im Rahmen der Gewährleistung trägt der AN insbesondere Teilersatz-, Lohn- und Nebenkosten; ausgenommen hiervon sind, vertraglich vereinbarte Verschleißteile.

8. Vertragsstörungen

8.1 Bei Vertragsstörungen gelten ergänzend zu den hier getroffenen Bestimmungen die Vorschriften des BGB.

8.2 Wird über das Vermögen des AN ein Insolvenz- oder Ausgleichsverfahren eröffnet, kann der AG ohne Fristsetzung vom Vertrag zurücktreten. Das gleiche gilt, wenn durch Arrestpfändung, Pfändungs- oder Überweisungsbeschluss die Lieferungsforderung des AN gepfändet oder zur Einziehung überwiesen wird.

8.3 Für den Fall, dass der AN den vereinbarten Vertragserfüllungstermin überschreitet bzw. in der vertraglich vereinbarten Frist den Vertrag nicht erfüllt, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe gemäß den nachfolgenden Bestimmungen zu verlangen.

Für jeden Arbeitstag, an dem sich der AN infolge der Überschreitung des Vertragserfüllungstermins bzw. der vereinbarten Vertragserfüllungsfrist in Verzug befindet,

beträgt die Vertragsstrafe 0,1% des Wertes desjenigen Teils der Lieferung bzw. der Leistung, der nicht in Betrieb genommen bzw. genutzt werden kann. Die Vertragsstrafe ist jedoch insgesamt begrenzt auf höchstens 5 % des Auftragswertes. Der AN ist berechtigt, einen niedrigeren Schaden nachweisen.

Unbeschadet davon behält sich der AG vor, einen höheren Schaden geltend zu machen, der z.B. durch anderweitige Beschaffung dringend benötigter Güter/Leistungen entsteht. Die Verpflichtung zur Schadensminimierung wird dabei vom AG beachtet. Die Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzansprüche des AG angerechnet.

Abweichend von § 341 Abs. 3 BGB ist der AG berechtigt, die Strafe bis zur Schlusszahlung geltend zu machen. Dies gilt nicht, wenn sich der AG bei der Abnahme die Vertragsstrafe trotz Aufforderung durch den AN nicht vorbehalten hat.

9. Patent- und Gebrauchsmusterschutz

Für Gegenstände, die in Zusammenarbeit mit dem AG/ der Technischen Universität Dresden entwickelt wurden, darf Patent- oder Gebrauchsmusterschutz und anderweitige Verwendung nur mit Zustimmung des AG/ der Technischen Universität Dresden erfolgen.

10. Einfahrt Betriebsgelände AG

Das Befahren des Geländes des AG mit Kraftfahrzeugen ist ab einer Aufenthaltsdauer von mehr als 30 Minuten kostenpflichtig. Die Kosten betragen 1,- € brutto pro Kfz und Stunde und sind durch den AN zu tragen. Die Zahlung erfolgt bei Ausfahrt aus dem Gelände des AG.

Auf dem Betriebsgelände gilt die StVO.

11. Haftung

Der AN haftet für Schäden nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften.

12. Gerichtsstand/ Erfüllungsort

Sofern der AN Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, ist Gerichtsstand für alle sich ergebenden Streitigkeiten Dresden, soweit das Gesetz nicht etwas anderes vorschreibt.

Erfüllungsort ist der Sitz des AG.